

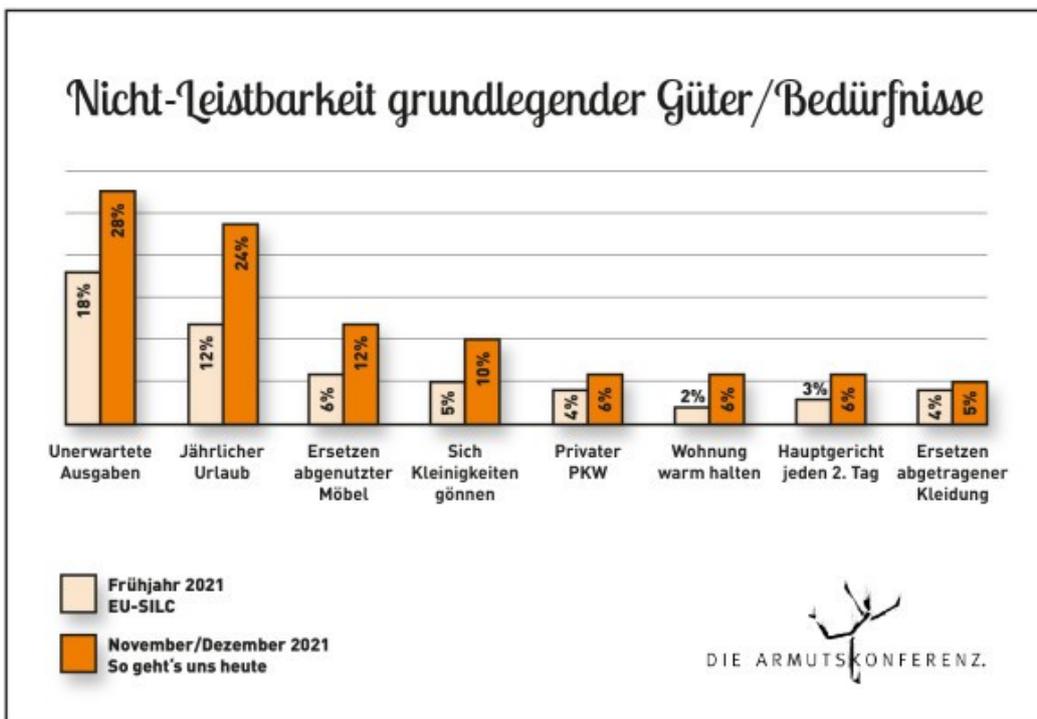


Teuerung: Was hilft?

Zwei Erkenntnisse können wir aus den aktuellen Daten der Statistik Austria ableiten, die sich noch auf die Lage Anfang 2021 beziehen: Starke Sozialstaaten reduzieren Abstiegsgefahr und schützen die Mitte vor Armut. Und: Effektive Hilfen braucht es bei Kinderarmut, Arbeitslosigkeit, der Situation von Alleinerziehenden und chronischen Erkrankungen.

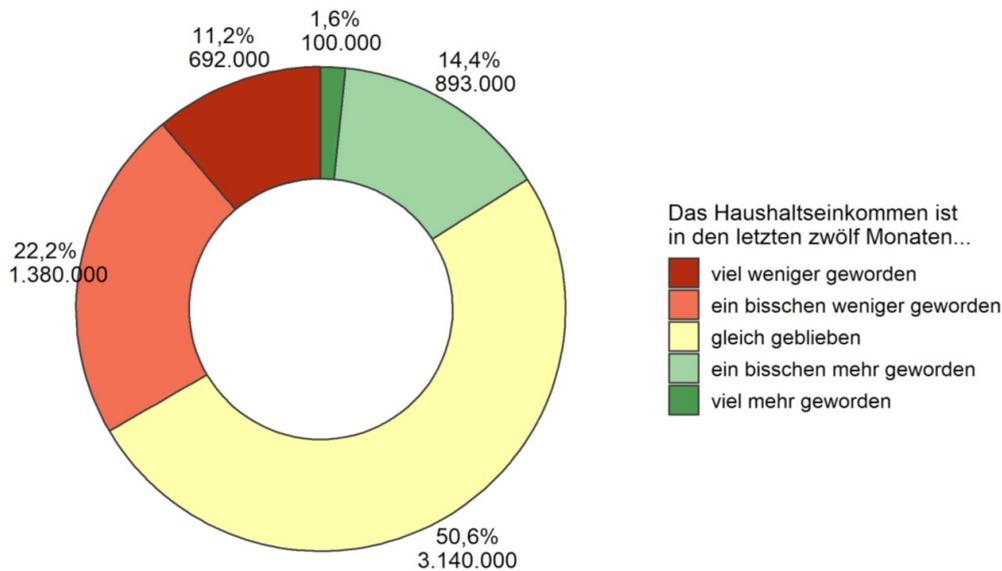
Zum Ersten: Sozialleistungen tragen entscheidend zum sozialen Ausgleich bei und wirken armutspräventiv. Sie reduzieren die Armutsgefährdung von 45% auf 14,7%. Am stärksten wirken Arbeitslosengeld, Notstands- und Mindestsicherung sowie Wohnbeihilfe und Pflegegeld. Die Erhöhung der Ausgleichszulage oder die Angleichung der Notstandshilfe auf das zuletzt bezogene Arbeitslosengeld in der Corona-Krise haben präventiv gewirkt und den sozialen Absturz vieler aus der unteren Mittelschicht verhindert. Zum Zweiten: Besonders gefährdet sind Kinder (30%), Alleinerzieherinnen (47%) und Arbeitslose (52%). Mit großen Problemen sind Menschen mit chronischer Erkrankung konfrontiert. Und die hohen Wohnkosten bringen viele an den Rand.

Abb. 1:



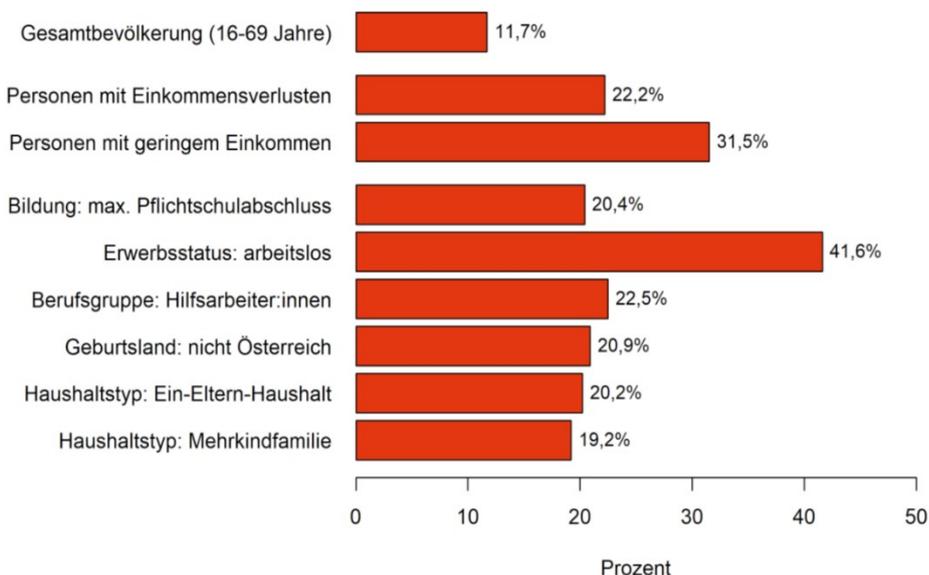
Vergleicht man die Daten Anfang 2021 mit Ende 2021 dann sieht man hier Verschlechterungen der sozialen Situation.

Abb 2: Jede dritte Person ist von der Verringerung des Haushaltseinkommens betroffen.



Für rund 825.000 Menschen (13%) stellen die Wohnkosten Ende 2021 eine schwere finanzielle Belastung dar. Insgesamt etwa 12% rechneten sogar damit, in den folgenden drei Monaten ihre Wohnkosten nicht mehr bezahlen zu können. Bei 7% kam es bereits im 3. Quartal 2021 zu Zahlungsrückständen, auch hier sind Arbeitslose am stärksten betroffen, so die Statistik Austria.

Abb 3: Erwartete Zahlungsschwierigkeiten Wohnkosten:



Arbeitslose sind stark betroffen von psychischem Druck und Existenzangst, am wenigsten aber jene Arbeitslosen, die vor der Corona-Krise einen gut bezahlten Job gehabt hatten; im Gegensatz zu Arbeitslosen mit prekärer Arbeit und geringem Arbeitslosengeld. Wir fanden zwei Gruppen. Eine hat vor der Krise in schlecht bezahlten Jobs gearbeitet, hat keine Ersparnisse und bezieht sehr niedriges Arbeitslosengeld. Diese Menschen sind tatsächlich durch die Corona-Krise und ihren Jobverlust in Armut geraten. Die zweite Gruppe hatte einen gut bezahlten Job, im Idealfall finanzielle Rücklagen und einen ausreichend hohen AMS-Bezug. Das zeigt, wie wichtig ein existenzsicherndes und höheres Arbeitslosengeld ist.



Bei prekär Beschäftigten und „working poor“ offenbarte sich ein Muster besonders deutlich: die finanziellen Probleme wirken auf andere in der Familie weiter und bringen diese in einer Kettenreaktion ebenfalls in existentielle Schwierigkeiten. „Ich habe den Haushalt angeschaut und gedacht: schaffe ich nicht. Ich habe alles angeschaut. Ich sollte das machen, schaff ich nicht. Ich sollte dies machen, schaff ich auch nicht. Und dann noch Schlafstörungen dazu“, erzählt eine Mutter mit prekären Jobs. „Der Fünfzehnjährige wollte sein Sparschwein opfern, wie er gehört hat, es geht schlecht.“ Die Jugendlichen hatten unter den finanziellen Problemen ihrer Eltern psychisch mitzuleiden und kämpften mit Gefühlen der Ohnmacht. „Die Welt dreht sich halt weiter und ich komme irgendwie nicht nach.“ Das sagt ein junges Mädchen, das in einer Familie mit wenig Geld lebt. Eine Studie hat jetzt ihre Stimme und die Stimmen vieler anderer hörbar gemacht. Armutsbetroffene und Armutsgefährdete, Leiharbeiter und Ich-AGs, prekäre Künstler, Leute mit Sozialhilfe und Notstandshilfe, Alleinerziehende und sozial benachteiligte Jugendliche sprachen über ihr Leben in der Corona Krise.

> *Armutsbetroffene und die Corona Krise:*

https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_erhebung_armutsbetroffene_corona-krise_2_2021.pdf

Diese Erhebung „von unten“ zeigt uns, wie wichtig ein existenzsicherndes und gutes Arbeitslosengeld ist, wie massiv sich beengtes Wohnen auf Bildung und Gesundheit der Kinder auswirkt, welche zerstörerischen Folgen eine schlechte Sozialhilfe zeitigt, wie stark Depressionen und Einsamkeit mit Existenzangst verbunden sind.



Teuerungsausgleich – Was hilft?

Je geringer die Haushaltseinkommen, desto höher der Anteil von Wohnen, Energie und Lebensmittel am Haushaltsbudget. Genau diese drei Posten gehören zu den Bereichen, in denen die Inflation gerade am stärksten ansteigt.

WIFO-Schätzungen weisen 510 Euro zusätzliche Energiekosten und 228 Euro Treibstoffpreiserhöhung für das untere Einkommensdrittel aus.

Diese Maßnahmen erreichen am wirksamsten und hilfreichsten einkommensschwache Haushalte – und sind gleichzeitig nicht klimaschädlich:

1. Problem Sozialhilfe, die eigentlich für solche Krisen da wäre

Die Sozialhilfe bildet das letzte soziale Netz in Österreich. Seine Möglichkeiten mit "Hilfen in besonderen Lebenslagen" bei Krisen einzugreifen, wurde durch die Abschaffung der Mindestsicherung massiv geschwächt.

Aus den Bundesländern, in denen schon länger die gekürzte Sozialhilfe gilt, ereilen uns Hilferufe von Betroffenen und Sozialberater*innen. Der Abzug der Wohnbeihilfe und die Kürzungen beim Lebensunterhalt führen zu massiven Problemen. Frauen, Männer und Kinder haben zu wenig zum Wohnen und zu wenig zum Leben. Um ihre Miete zu zahlen, müssen die Betroffenen das aufbrauchen, was eigentlich für den notwendigsten Lebensunterhalt vorgesehen wäre.

> *Sozialhilfe Studie „Die im Dunkeln sieht man nicht“*

<https://www.armutskonferenz.at/news/news-2022/sozialhilfestudie-hilfe-jetzt-langsam-und-weniger-effizient.html>

Zu wenig zum Wohnen, zu wenig zum Leben. Das Sozialhilfegesetz sieht außerdem vor, dass – im Gegensatz zur Mindestsicherung – statt 75 % lediglich 60% für den Lebensunterhalt verbleiben. Vom 40%igen Wohnanteil wird die Leistung aus der Wohnbauförderung abgezogen, was insgesamt dazu führt, dass die hilfebedürftige Person weniger fürs Leben und weniger fürs Wohnen erhält.

> **Reform der Sozialhilfe: keine Anrechnung der Wohnbeihilfe, Soforthilfe ermöglichen, funktionierende „Hilfen in besonderen Lebenslagen“.**

Insgesamt brauchen wir eine neue Mindestsicherung, die Existenz, Chancen und Teilhabe sichert.

2. Leistbares Wohnen

Die Wohnkosten steigen massiv an, besonders in den größeren Städten. Steigende Wohnkosten sind ein wachsendes Problem. Für rund 13% oder 825.000 Menschen stellen die Wohnkosten Ende 2021 eine schwere finanzielle Belastung dar. Insgesamt etwa 12% rechneten sogar damit, in den folgenden drei Monaten ihre Wohnkosten nicht mehr bezahlen zu können. Bei 7% kam es bereits im 3. Quartal 2021 zu Zahlungsrückständen, so die Statistik Austria.



> (temporäre) Erhöhung der Wohnbeihilfe

> **Investitionen in den sozialen Wohnbau**, da gibt es in vielen Teilen Österreichs noch großen Aufholbedarf. Auch die **Flächenwidmung muss mithelfen**, günstigen Boden für sozialen und gemeinnützigen Wohnbau zur Verfügung zu stellen.

Wohnungssicherung. Die ersten Anlaufstellen für Menschen mit Geldsorgen sind oft die (Sozial)Beratungsstellen der Sozialeinrichtungen. Seit Beginn der Pandemie kommen immer mehr Menschen mit Miet- und Energierückständen. In diesen Stellen könnten Sozialarbeiter*innen Wohnungen sichern; wenn diese Stellen entsprechend ausgestattet würden. Schnelle Hilfestellungen könnten hier Verfestigungen von Armutslagen abwenden. Vielfach könnte hier der verdeckten Wohnungslosigkeit, von der besonders Frauen betroffen sind, entgegengewirkt werden.

Delogierungsprävention. Wenn die Räumungsklage da ist braucht es spezialisierte Hilfeleistung. Eigene Fachstellen mit entsprechend ausgebildeten Sozialarbeiter*innen bieten Beratung, Begleitung und unterstützen bei der Übernahme von Rückständen durch die öffentliche Hand. Dieses Netz muss österreichweit ausgebaut werden. Ein erster wichtiger Schritt dazu sind die vom Sozialministerium finanzierten 24 Millionen Euro.

3. Einkommensabhängiger Ökobonus

Klimaschutz wird nur dann erfolgreich sein, wenn er das untere Einkommensdrittel entlastet – und den Betroffenen nicht weitere Bürden auferlegt. Die Belastung einkommensschwächerer Haushalte könnte durch einen einkommensabhängigen Ökobonus ausgeglichen werden, auch damit die in den nächsten Jahren weiter steigende CO₂-Steuer nicht die Schere zwischen Arm und Reich weiter verschärft. Im Rahmen der CO₂-Steuer ist ein solches Instrument als "Klimabonus" bereits angelegt. Der regionale Aspekt wird so durch eine soziale Komponente ergänzt.

> Ein solch **sozial gestaffelter Klimabonus** kann auch mit einem **Kinderzuschlag** ausgestattet werden

4. Sozialleistungen an Inflation anpassen

a) **Familienbeihilfe, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe** sind seit 20 Jahren nicht der Inflation angepasst worden. Die Betroffenen müssen mit immer weniger auskommen. Damit sich beispielsweise Bezieher*innen der Familienbeihilfe heute genauso viel davon kaufen könnten wie im Jahr 2000, müsste sie heute um rund 40 Prozent höher sein, als sie ist. Das wären für das erste Kind ab Geburt nicht 114 Euro, sondern knapp über 156 Euro.

> **Familienbeihilfe, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe der Inflation anpassen.**

> **Kürzung des Arbeitslosengeldes verhindern!** (In ganz Österreich wird nach Möglichkeiten gesucht wie man die Betroffenen am besten vor dem Absturz bewahrt. Nur in der Arbeitsmarktpolitik schließt man noch immer nicht aus, bei den am meisten Gefährdeten zu kürzen.)

b) **Die Ausgleichszulage** ist eine Unterstützungsleistung des Bundes, die Pensionsbezieher*innen ein Existenzminimum gewährleisten soll. Diese definiert das unterste soziale Netz.



Deswegen hilft sie auch Mindestsicherungs- bzw Sozialhilfebeziehenden.

> **Ausgleichszulage um 70 Euro erhöhen.** (durch die Teuerung von rund 7% nur noch 960.- Euro wert. Das ist eine Entwertung um 70 Euro)

5. Familienleistungen und Kinder

Der steuerliche „Familienbonus“ erfüllt viele Ziele nicht, die für das gute Aufwachsen von Kindern wichtig sind: allen Kindern Chancen geben, allen die Existenz sichern, allen Kindern soziale Teilhabe ermöglichen. Am meisten bekommen die reichsten 20% der Familien, am wenigsten die ärmsten 20%, mehr als 150.000 Kinder „ganz unten“ bekommen gar nichts. Kinderarmut steigt. Die Zahlen dazu stammen genau aus dem Jahr, in dem der „Familienbonus“ eingeführt wurde. Er erreicht die ärmsten Kinder nicht. Das Geld des „Familienbonus“ könnte man klüger und fairer anlegen. Immerhin zwei Milliarden Euro.

> **Etwas indem man den „Familienbonus“ negativsteuerfähig macht und damit auch Familien mit geringem Einkommen erreicht.**

> **Und eine Unterhaltssicherung mit einem garantierten Mindestunterhalt einführt, 36 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden müssen gänzlich ohne Unterhaltszahlungen oder Ersatzleistungen auskommen.**

> **Eine weitere Möglichkeit wäre eine Kindergrundsicherung.**

Deutschland hat sich eine solche gerade vorgenommen, in Österreich gibt es erste Modellvorschläge dazu. Eine Kindergrundsicherung setzt sich aus einem Fixbestandteil und einem vom Einkommen der Eltern abhängigen Teil zusammen. Sie umfasst eine materielle Dimension mit Wohnen, Nahrung und Kleidung in der Höhe von 300 Euro, eine kulturelle Dimension mit Bildung und Betreuung in Höhe von 200 Euro und eine sozial-gesundheitliche Dimension mit Körperpflege, Gesundheitsvorsorge und sozialer Teilhabe in Höhe von 125 Euro. Die Beträge orientieren sich an den sogenannten Referenzbudgets, die die Schuldenberatung für die notwendigsten Ausgaben in Österreich erhebt. Fixbetrag wäre 200 Euro, alles darüber würde einkommensabhängig ausbezahlt werden.

Eine solche Kindergrundsicherung muss mit sozialer Infrastruktur kombiniert werden. Sonst ist sie kontraproduktiv und kann sogar Kinderarmut erhöhen. Sie beginnt beim Baby mit den „Frühen Hilfen“, schafft Kindergärten mit kleineren Gruppen und mehr Zeit, etabliert den „Chancenindex“ für alle 1100 benachteiligten Schulstandorte und schließt die Lücke leistbarer Therapien.

6. Energiegrundsicherung und Energiehilfefonds

> **Mehr & bessere Informationen über das Recht auf Grundversorgung mit Energie:** Menschen haben das Recht darauf, mit Energie versorgt zu werden. Sie können sich bei jedem Energielieferanten darauf berufen. Der Energielieferant muss dann (gegen Hinterlegung eines Betrages, der nicht höher sein darf als eine monatliche Teilzahlung) Energie liefern. Dieser Grundversorgungstarif darf nicht höher sein als jener Tarif, zu dem der Großteil der Kund*innen beim jeweiligen Energielieferanten versorgt wird.



> **Energie- und Klimahilfsfonds schaffen:** Der Energie- und Klimahilfsfonds soll jene Haushalte unterstützen, die Probleme haben, ihre Energierechnungen zu bezahlen. Außerdem soll dieser Fonds dabei helfen, wenn man etwa seine Heizung tauschen möchte oder eine bessere Wärmedämmung machen lassen will.

7. Teuerungsausgleich für Bewohner*innen von Sozialeinrichtungen durch Transformationsfonds

Neben den höheren Energiekosten erleben wir auch eine unvorhergesehene Kostensteigerung bei Lebensmitteln und anderen Gütern. Ohne zusätzliche Mittel wirken sich die höheren Kosten negativ auf die Versorgungsqualität - und daher Lebensqualität - von vulnerablen Personen aus, die in Sozialeinrichtungen leben. Schließlich müssen in stationären Sozialeinrichtungen sämtliche Kosten über die Tagsätze abgedeckt werden. Dies geht sich schon bisher in vielen Fällen nur durch Gegenfinanzierung mit Spenden aus. Durch die nun auch gestiegenen Energiekosten ist dieses Potential jedoch ausgereizt.

Ohne zusätzliche Mittel, die die Energiekosten ausgleichen, ist die Konsequenz, dass entweder der Umfang oder die Qualität der Angebote eingeschränkt werden müssen, was sich negativ auf die Lebensqualität der Zielgruppen auswirkt. Die Valorisierung der Tagsätze erfolgte im Jänner - zu diesem Zeitpunkt war der massive Kostenanstieg nicht absehbar. Eine Nachverhandlung ist nicht angedacht.

Um weiterhin eine hohe Lebensqualität für Bewohner*innen sicherzustellen, braucht es einen Teuerungsausgleich für Sozialeinrichtungen. Der Ausgleich sollte über einen Transformationsfonds erfolgen, dessen Gelder für Klimainvestitionen (z.B. PV-Anlagen, Sanierungen etc.) zweckgewidmet sind. Klimainvestitionen fördern die Unabhängigkeit von fossiler Energie und senken den Energieverbrauch. Ein Transformationsfonds schafft somit nicht nur einen einmaligen Teuerungsausgleich, sondern fördert die Resilienz und Nachhaltigkeit auf lange Sicht.

> **Schaffung eines Transformationsfonds für den sozialen Sektor:** Neben einem Teuerungsausgleich wird so die Ökologisierung des Sektors ermöglicht (insbesondere Unabhängigkeit von fossiler Energie).